

Rheinische Nachrichten

Braubacher Zeitung — Anzeiger für Stadt und Land

ersch. täglich

mit Ausnahme des Sonn- und Feiertage.

Inserate pro Spalte 20 Pf.

Werbungsspende 50 Pf.

Amtsblatt der

Verantwortlicher Redaktor: A. L. m. b.

Geschäftsstelle: Friedrichstraße Nr. 13.

Redaktionslokal: 10 Uhr mittags.

Postkassentele. 7699 Frankfurt/Main.



Stadt Braubach.

Druck und Verlag der Buchdruckerei von A. L. m. b. in Braubach.

Gratisbeilagen

Jährlich zweimal Fahrplan und einmal Kalender.

Bezugspreis

monatlich 80 Pfennig,

durch die Post bezogen vierteljährlich 2,40 Mark,

von derselben frei ins Haus geliefert 2,82 M.

Nr 250

Braubach a. Rhein, Freitag, den 25. Oktober 1918

28. Jahrgang.

Ein neuer Bundesgenosse.

Mit den russischen Bolschewisten finden die Entente-Mächte beim besten Willen kein Auskommen, und ihre Forderungen haben bei aller Kunst der Menschenbeziehung es doch nicht verstanden, auch die Lenin und Trotzki vor ihren Wagen zu spannen. Das hindert sie aber nicht im mindesten, die Richtung als solche ihren Zwecken dienstbar zu machen, wo sie glauben, damit ihren großen machtpolitischen Zielen näher kommen zu können.

Besonders wertvoll wäre ihnen natürlich der Sieg des Bolschewismus in Deutschland. Unfähig oder nicht gewillt, den tieferen Sinn der Umgestaltung unserer inneren Verfassungszustände zu begreifen, halten sie sich an die äußere Tatsache, daß in der neuen Volksregierung die Sozialdemokratie sich und Stimme hat, und leben nun in der Erwartung, daß nicht eine andere Ordnung der Staatseinrichtungen, als die in Wirklichkeit abgesehen ist, sondern doch Unordnung und Auflösung in Deutschland sich ausbreiten und schließlich zum Untergang des Reiches führen werden. Ganz nach russischem Beispiel, in Washington a. B. spricht man ganz offen davon, daß ein Sieg der deutschen Sozialdemokratie nur zu wünschen wäre, aber erst durch den Bolschewismus könne Deutschland in ein Chaos geführt werden. Auch mit Österreich-Ungarn möchte man sich am liebsten dieses neuen Bundesgenossen bedienen. Ob die ausgesprochene Absicht dazu vorliegt, mag vielleicht noch zweifelhaft erscheinen; aber die Wirkung tritt als Folge der schroffen Ablehnung des Friedensgesuches durch den Präsidenten Wilson schon jetzt offen zutage. In Prag gewinnen die radikal-sozialistischen Elemente ständig an Boden, und der Führer der Sozialisten, der die Ereignisse der letzten Monate an die Spitze der Unabhängigkeitsbewegung gehoben haben, genießt nicht mehr die unbeschränkte Macht, die langsam aber sicher an den verächtlichen Vorkämpfer Mosca und die bolschewistischen Elemente übergeht.

Nicht viel anders ist es in Polen. Auch hier steigt der Einfluss der Allerbildlichsten. Der Regimentschef kann sich nur mühsam gegen den Ansturm der äußersten Linken behaupten, die durch Zuhilfenahme latenter Persönlichkeiten aus dem russischen fortdauernd Unterstützung erhält und sich mit sehr unklarem Druck zur Seite der Lage aufzuschwingen sucht. Die Stammesbrüder aus Galizien, die bereits in Warschau über die Vereinigung der beiden getrennten Landesteile unterhandeln, haben von dort ein sehr weitgehendes Regierungsprogramm mitgebracht, dem man es schon auf hundert Schritt Entfernung anmerkt, daß es dazu bestimmt ist, den Sozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber in Russland hat der Kampf mit solchen Methoden gar kein Glück gehabt, und es ist noch sehr die Frage, ob die Polen mit ihnen bessere Erfahrungen machen werden. Auf den russischen Bolschewismus beruft sich die Entente als Rechtfertigung für ihre Eingriffe an der Murmanfront und ihren Vorkäufen in Sibirien. Kommt er auch in Polen und in Böhmen zur Herrschaft, so kann man auch in diesen Ländern, ohne sich im mindesten zu ärgern, nach dem Rechten sehen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird auf dem Papier für alle Zeit unangefastet bleiben; nur in der Praxis muß es sich schon einige Einschränkungen gefallen lassen — natürlich einzig und allein zugunsten des Angeschlossenen und seiner dienstfertigen Schlepptreue in Ost und West. In Wahrheit ist der Bolschewismus ein Feind der

ganzen Kulturwelt, aller Völker. Keine Regierung sollte mit ihm liebäugeln, wenn auch nur auf Kosten anderer Völker. Steht er an einer Stelle, so gerät zunächst die unmittelbare, dann auch die weitere Nachbarschaft in Lebensgefahr. Die Zeit wird kommen, wo unsere Feinde von heute die Wahrheit dieser Erkenntnis am eigenen Leibe verspüren werden.

In der Stunde der Not zeigt es sich, was der Einzelne und was ein Volk wert ist. Wir werden uns nicht schwächer zeigen als unsere Feinde. Auch bei uns wird in der Stunde der Entscheidung kein Mann von der Schanze, keine Frau von der Arbeit weichen. Deutschland braucht jetzt sein ganzes, einiges, für die Zukunft unseres Geschlechts opferbereites Volk.

von H. H. H. H.

Österreich will weiter verhandeln.

Rede des Ministerpräsidenten Dussarek.

Wien, 22. Oktober.

Ministerpräsident Dr. v. Dussarek erklärte heute im Herrenhause, die Antwort Wilsons biete keineswegs Anlaß, den ausgehauenen Gedankenanstich als abgebrochen zu betrachten. Wir werden vielmehr nach sorgfältiger Erwägung der in der Dussarek Wilsons enthaltenen Momente unsere Friedensaktion fortsetzen und an die Beantwortung der Note schreiten. Wir hoffen, daß die Friedensdiskussion trotz aller in der Nähe gelegenen Schwierigkeiten die Welt in nicht all zu langer Zeit aus den unsäglichen Leiden des Krieges herausführen wird.

Der Ministerpräsident erklärte dann, daß von alters her der Grundgedanke der habsburgischen Monarchie der war, daß alle ihre Völker gleichen Rechtes seien. Deshalb kann sich Österreich ohne Abwendung von der eingewurzelten Überzeugung zu dem Friedensprogramm Wilsons bekennen. Die Neuordnung unserer inneren Verhältnisse steht nicht bloß mit dem Friedensschritt im Zusammenhang, sondern ist auch eine innere Notwendigkeit. Das kaiserliche Manifest sei die logische und notwendige Ergänzung des Friedensschrittes. Nicht nur die Vertretung nach außen und der gemeinsame Schutz, sondern auch gewisse wirtschaftliche Beziehungen werden schon aus Zweckmäßigkeitsgründen zu einer Zusammenfassung der Kräfte drängen. Das Werk der Neuordnung würde selbstverständlich nur auf verfassungsmäßigem Wege durch das Zusammenwirken der Völker geschaffen werden.

Der deutsch-österreichische Staat.

Proklamation der Nationalversammlung.

Wien, 22. Oktober.

Die provisorische Konstituante der Deutschen Österreichs, die unter dem Druck der tschecho-slowakischen

Wirkung in Österreich getrennt zusammengetreten ist, hat eine Proklamation verfaßt, in der es heißt:

Das deutsche Volk in Österreich ist entschlossen, seine zukünftige staatliche Ordnung selbst zu bestimmen, einen selbständigen deutsch-österreichischen Staat zu bilden und seine Beziehungen zu anderen Nationen durch freie Vereinbarungen mit ihnen zu regeln. Der deutsch-österreichische Staat beansprucht die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet, insbesondere auch in den Sudetenländern. Jeder Versuch, die Gebietsgewalt über das ganze deutsche Siedlungsgebiet von Gebieten, die von den deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern bewohnt sind, durch andere Nationen zu trennen, wird von dem deutsch-österreichischen Staat als Verstoß gegen die Souveränität des deutschen Volkes im Adriatischen Meere angesehen und wird durch Vereinbarungen mit den anderen Nationen sicherzustellen sein.

Der von der Nationalversammlung eingesetzte Volksauswahlschuss befaßt, aus seiner Mitte 3 Gruppen für die wichtigsten Arbeitsgebiete zu bilden: Krieg und Ausrüstung, Verwaltung und Verfassung, Volkswirtschaft und Ernährung. Gruppe 1 wird beauftragt, über die Wilsons Note zu beraten und dem Volksauswahlschuss ehestens zu berichten. Ferner wurde beschlossen, die Konstituierung der deutschen Nationalversammlung der österreichischen Regierung, der ungarischen Regierung, den österreichischen Völkern und dem Auslande zu notifizieren. Der Ernährungsausschuss der deutschen Nationalversammlung beschloß sich wegen Lieferung von Lebensmitteln mit den Stellen in Ungarn, Kroatien, Berlin und München in Verbindung zu setzen.

Sozialistische Sondererklärungen.

Unter den Erklärungen der einzelnen Parteien zu der Proklamation eines selbständigen Deutsch-Österreich ist die der sozialistischen Parteien bemerkenswert, in der es u. a. heißt: Das deutsche Volk in Österreich soll ein demokratischer Staat, ein deutscher Volksstaat werden, der vollkommen frei entscheiden soll, wie er seine Beziehungen zu den Nachbarländern und mit den Nachbarvölkern zu einem Völkerverbund vereinigen will, wenn die Völker diese wollen. Rechen aber die anderen Völker eine solche Gemeinschaft ab, oder wollen sie ihr nur unter Bedingungen zustimmen, die den wirtschaftlichen und nationalen Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entsprechen, dann wird

der deutsch-österreichische Staat, der, auf sich selbst gestellt, kein wirtschaftlich entwickeltes Gebilde wäre, gezwungen sein, sich als ein Sonderbundesstaat dem deutschen Volke anzuschließen.

Wir verlangen von dem deutsch-österreichischen Staat die volle Freiheit, zwischen diesen beiden möglichen Verbindungen zu wählen.

Die tschechische Selbständigkeit.

In Paris tagte unter dem Vorsitz von Kramarisch der tschechische Nationalausschuss und der tschechische Abgeordnetenvorstand. Die Beratungen waren vertraulich, es wurde eine Resolution gefaßt, in welcher sich der Nationalausschuss für Selbständigkeit des tschechischen Staates mit Umgehung der Wiener Anstalten und für den Schutz der Slowaken ausspricht. Der Nationalausschuss und mit ihm ausnahmslos das ganze tschechische Volk verharren auf dem Standpunkte, die tschechische Frage habe aufgehört, eine Frage der inneren Regelung Österreichs zu sein. Sie sei eine internationale Frage und werde gemeinsam mit allen Weltfragen gelöst.

Sie rügte ihn leise auf die Wange, auf die Stirn und auf den Mund.

Jubelnd umschlang er sie. Du mußt mein sein! Du mußt mein sein! Dann wird alles gut. Ja, laß uns zusammen fliehen. Irgendwo da draußen im Ozean wird eine einsame Insel sein; da wollen wir den Traum der ersten Menschen vom Paradies noch einmal träumen.

Edith aucte zusammen. Sie fühlte den gierigen Atem seines Mundes. Er empfand unangenehm den feuchten Händedruck seiner Rechten, die ihre Linke umspannt hielt. Ihr Mund versagte sich wie unter einem körperlichen Schmerz. Und sie entwand sich ihm mit einer geschmeidigen Bewegung.

Scherzend sagte sie: Sie knicken mir ja meine unschuldigen Engelsflügel entzwei.

Aber er achtete ihrer Worte nicht. Er stand auf und sah ihr siegestrunken in die Augen.

Nein, kleine Schlange im Engelskleid, jetzt entkommst du mir nicht!

Und er eilte mit ausgebreiteten Armen auf sie zu. Doch blitzschnell hatte sie den Tisch zwischen sich und ihn gebracht. Sie griff hastig nach der Wette und hob sie zum Schläge.

Rühren Sie mich nicht an!

Da duckte er sich feige, als sei der Hieb schon niedergesaut. Klein wurde er mit einem Male, ganz klein. Und er hob bittend die Hand.

Fortsetzung folgt.

Der Traum in Feindesland.

Roman von Justus Schoenthal.

Nachdruck verboten.

Sehen Sie, von Carlo Watton habe ich schon drei oder gar vier recht spannende Kriegsromane gelesen. Wenn Sie Ihrem Herzen einen Stoß geben und einen oder zwei solcher Romane schreiben, hätten Sie plötzlich einen Namen und einen hübschen Haufen Geld und könnten schaffen, was Ihnen der Kopf stünde.

Ärgerlich beachtete den letzten Einwand nicht. Wie heißt die strebsame Kriegsdichterin, die schon drei oder vier spannende Romane geschrieben?

Carlo Watton, gab Edith etwas befremdet zur Antwort.

Nun, ich kenne die Dame Watton nicht, höhnte er belächelnd. Sie kann trotz ihrer Fruchtbarkeit ein ganz unabhängiger Mensch sein. Ein Bekannter von mir hat schon 32 Kriegsnovellen verpasst und ist auch noch nicht eingekerkert.

Ach, spotten Sie nicht, Ärgerlich, Sie haben es am wenigsten nötig.

Ja, da haben Sie recht, bemerkte er bitter. In meiner Lage da man es wirklich nicht nötig, andere zu verpöhlen. Wirklich nicht. Aber selbst wenn das alles nicht wäre, selbst wenn das alles nicht wäre... alles nicht wäre, selbst wenn das alles nicht wäre... wir soll man denn zur Flucht des Schaffens kommen, wenn der innere und äußere Frieden mangelt. Es ist nicht allein der Prozess mit der Labour-Volk und ihrem niedrigen

trübsigen Adonaten, diesem Burnham; es tauchen auch noch andere biffige Köder herum, die sich ein Vergnügen daraus machen, mir ans Bein zu springen oder mich wenigstens mit ihrem Geißel zu befehlen.

Er schüttelte wütend die Fäuste und knirschte zwischen den Zähnen das Wort „Kumpenpad“ hervor.

Auch das könnte man schließlich ertragen, auch das noch... Wenn man wenigstens ein Heim hätte, eine Burg, an deren Schwelme alle Angriffe wirkungslos verpöhlen... und nicht einmal das hat ich mehr!

Er höhnte, daß es ihr zu Herzen ging. Sie legte die Wette fort und trat auf ihn zu. Bitte fassen Sie sich mit der Hand über seinen Schmel.

Mein armer Junge! Mein armer Junge!

Er erfaßte ihre Hand und flüsterte leidenschaftlich mit wildschwebenden Lippen:

Wenn man nur fort, fort aus diesem Morast des Elends und des Widerwillens könnte! Nur fort! Gleichgültig, wohin. Auf eine einsame Insel, wo einen niemand kennt, wo keine Post mich erreicht, am liebsten dahin, wo man keinen von diesem Schurkengesicht mehr sehen muß!

Sie ließ ihn streicheln.

Lassen Sie mich ein paar Tage nachdenken, James. Ich will sehen, ob ich nichts für Sie tun kann. Vielleicht kann ich irgendwo hundert Pfund zusammenkriechen und Sie machen damit eine Reise in die Einsamkeit. Sie brauchen eine Erholung, armer Junge!

Er fühlte ihr in aufwallender Dankbarkeit die Hand und zog sie ganz nahe zu sich heran. Dann preßte er seine Lippen auf ihren Mund.

Edith! Edith! raunte er bebend in ihr Ohr. Daß du mich lieb, Edith, daß du mich lieb!

Mittheilungen des Russischen Telegraphen-Bureaus.
Großes Hauptquartier, 23. Oktober.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Östlich von Kortrijk wurden wir vom Westrande von Bichte auf den Ostfand zurückgedrückt. Beiderseits des Ortes sind starke feindliche Angriffe gescheitert. In erbittertem Kampfe wurden die Höhen bei Reiberg vom Schlesischen Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 10 unter seinem Kommandeur Major Grüner gegen vierfachen Ansturm des Gegners gehalten. Teilkämpfe in der Scheide-Niederung beiderseits von Tournai und Valenciennes.

Auf dem westlichen Ufse-Ifse beiderseits von Bouffers und östlich von Oljan haben die Kämpfe größeren Umfang angenommen. Unter stärkstem Artillerieeinsatz griff der Feind am frühen Morgen zwischen Terron und Falaise sowie zwischen Oljan und Beurepaire an. Auf den Höhen westlich von Ballan konnte der Angriff etwas Boden gewinnen. An der übrigen Front ist er vor unseren Linien gescheitert. Auch am Nachmittage brach der Feind nach erneuter starker Artillerievorbereitung zum Angriff vor. Das 1. Bayerische Infanterie-Regiment unter Führung seines Kommandeurs, Major Schmidler, hat in zäher Verteidigung die Höhe östlich von Cheffres gegen mehrfachen Ansturm des überlegenen Gegners gehalten.

Seeresgruppe Gallwitz. Zwischen Argonnen und Naas und zwischen Naas und Mosel rege nächtliche Feuertätigkeit. Teilkämpfe westlich der Naas und westlich der Mosel ohne besonderes Ergebnis.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Es ist mir unverständlich, daß Manche glauben, durch den Befehl der Regierung oder in der Reichstagsvertretung könnte die Sicherheit der Kriegsanleihe nur im geringsten gefährdet sein.

Von einem geschlagenen Heer keine Rede.

Das Wesen der Schlacht.

Der Gefangenenaustausch.

England lebt ab.

Die bereits in der englischen Presse angekündigte Antwort der britischen Regierung auf die letzte Äußerung der deutschen Regierung zur Frage der Unterzeichnung der Haager Gefangenenevereinbarung vom 14. Juli 1918 ist nunmehr eingegangen. Die englische Regierung lehnt demnach die von der deutschen Regierung geforderten Sicherungen gegen eine englische Mitwirkung bei Internierungs- und Deportationsmaßnahmen gegenüber den Deutschen in China ab; auch bekennt sie auf dem von ihr gemachten Vorschlag zur Abänderung der Vereinbarung insoweit, als sie die gegenwärtig in den Niederlanden und der Schweiz internierten Unteroffiziere und Mannschaften von Unterseebootsbesatzungen als einzige von der Heimtschaffung ausgeschlossen sehen will, während sie sich mit der Heimbeförderung der in diesen Ländern internierten Offiziere von Unterseebooten einverstanden erklärt. Eine Begründung für diese Unterscheidung, die den von der Entente so oft betonten demokratischen Grundsätzen widerspricht, wird englischerseits nicht gegeben. Es steht zu hoffen, daß damit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Immerhin muß schon jetzt festgestellt werden, daß die englische Regierung die Verantwortung für die Hinauszögerung des Inkrafttretens der Haager Vereinbarung trägt, indem sie dem berechtigten Wunsch der deutschen Regierung nach Schutz der Geindendeutschen die Erfüllung versagt und auf einer willkürlichen, der Billigkeit widersprechenden Abänderungsvorschlag zu der von ihren Delegierten unterzeichneten Vereinbarung besteht.

Das Echo unserer neuen Note.

Basel, 23. October.

Der Antrag zeigt den Geist, der in gewissen Kreisen Amerikas herrscht. Ein englisches Blatt schreibt dazu: Niemand in den Vereinigten Staaten will einen Kompromiß oder wird mit weniger zufrieden sein, als mit einer militärischen Entscheidung, die die militärische Macht Deutschlands bricht.“ Gleichzeitig aber äußert das Blatt Beforgnisse über die Stimmung in Amerika. Es meint, daß brutale Kraft allein kaum hinreichend sein werde, um den Krieg bald zu beenden. Eine Kriegsverlängerung würde aber für die Stimmung in den Vereinigten Staaten viel gefährlicher sein können, als irgendein etwaiger anderer Faktor.

Franszösische und englische Stimmen.

Das Urtheil der französischen Blätter über die neue deutsche Note ist durchgängig abfällig. Die Blätter meinen, die einsige Tatsache, die sich aus der unklaren Note ergebe, sei, daß Deutschland dringend eines Waffenstillstandes bedürfe. Aber daran sei nicht zu denken, solange Deutschland nicht als Veste unterhandeln wolle. Die Blätter sind darin einig, daß Präsident Wilson die Antwort nicht als befriedigend ansehen wird. — Nicht wesentlich anders lauten die englischen Stimmen, unter denen sich einige in wüsten Beschimpfungen gefallen, während die meisten von einem „Spiel mit Worten“ reden, dem ein Ende gemacht werden müsse. Lord Lansdowne erklärte in einer Unterredung, die Lage sei sehr kritisch und England müsse sehr behutsam vorgehen. Keiner werde wahrscheinlich die Verteidigung annehmen, daß die deutschen Verletzungen zu Lande und zur See durch Nothwendigkeiten gerechtfertigt oder beschönigt werden können. Es bleibe abzuwarten, ob die bekanntgegebene Instruktion eines Stillstand dieser Ausschreitungen zur Folge haben wird. Ihre Erneuerung wäre verhängnißvoll für den weiteren Fortschritt der Verhandlungen.

Die deutschen Räumungsmaßnahmen.

Das vom spanischen Gesandten Marquis de Villalobar, dem holländischen Geiseltträger Ministerresident von Bollenhoven und von dem Delegierten des belgischen Ernährungswertes, dem belgischen Staatsangehörigen van Bree, gemeinsam verfaßte Protokoll über das Ergebnis ihrer Unterzuchung über die Zerstörungen und Räumungen in Nordfrankreich und Belgien liegt bereits vor und wird halbamtlich veröffentlicht.

Aus dem Protokoll geht hervor, daß die Bevölkerung durch die englisch-französisch-amerikanische Beschiesung bedroht, ihre Wohnstätte verlassen muß.

Die Kommission stellt fest, daß die Fortführung der Bevölkerung angesichts der Lage als ein Vorgehen der Menschlichkeit betrachtet werden muß. Die Gefandten erkennen gern an, daß die Maßnahmen, die von den deutschen Behörden in den Städten, denen die Befestigung drohte, ergriffen worden sind, Zeugnis von der Sorge um die Lage der Bevölkerung getragen waren, deren trauriges Los sie, so gut es ihnen möglich war, zu mildern bemüht gewesen sind.

Wird nun Wilton noch weiter an die Märchen von den deutschen Greuelthaten glauben?
Seine Kriegspoſt.

Berlin, 23. Okt. Infolge freundschaftlicher Vereinbarung sind sieben in spanischen Häfen befindliche deutsche Schiffe mit 21 000 Tonnen der spanischen Regierung als Ertrag für versenkten Schiffsraum überlassen worden.

Budapest, 23. Okt. Im ungarischen Abgeordnetenhaus stellte Graf Tisza u. a. fest, daß auf das Ultimatum an Serbien, an dem er mitgearbeitet habe, weder Kaiser Wilhelm noch sonst ein deutscher Faktor Einfluß gewonnen habe.

Naag, 23. Okt. Das Schatzamt der Vereinigten Staaten eröffnete Italien einen neuen Kredit von 200 Millionen Dollar und Frankreich einen solchen von 100 Millionen Dollar. Das Schiffahrtsamt erbat noch 120 Millionen Dollar für die Konstruktion von Schiffen, wozu der dafür angelegte Gesamtbetrag auf 8004 Millionen steigt.

Amsterdam, 23. Okt. Der König und die Königin von Belgien besuchten gestern Brügge.

Amsterdam, 23. Okt. Den Blättern zufolge sind gestern wieder einige Tausend Flüchtlinge über die belgische Grenze gekommen.

Engano, 23. Okt. Die kaiserlich-italienische Regierung in Paris ist von der italienischen Regierung anerkannt worden.

Der Aufmarsch der Parteien.

Nachfrage aus dem Reichstage.

Berlin, 23. Oktober.

Reichskanzler Prinz Reg. von Baden hat in seiner jeſtigen Reichstagsrede, die das Programm der neuen Regierung ergänzte, erweiterte und vertiefte, auch ſeinen innerpolitiſchen Gegnern einige Worte gewidmet. „Ich weiß, meine Herren,“ ſagte er, „der Rückſicht auf die innere politiſche Ernte der denkwürdigen drei Oktoberswochen löſt ſehr verſchiedene Stimmungen in Ihnen aus. Dem einen wird es als die Schilderung eines unbefonnenen Laufs auf der ſchiefen Ebene erſcheinen, die zum Umſturz der beſtehenden Ordnung führt, dem anderen als ein unſicheres, äögerndes Taſten nach der neuen Staatsform. Beide Stimmungen mögen ihren Ausdruck finden; das iſt das Recht und die Aufgabe der Oppoſition; die wir gerade für die Unabhängigkeit des Parlaments brauchen.“ Und wenn man die Reden der einzelnen Parteivertreter betrachtet, ſo findet man, daß dieſe Worte zutreffen. Nach einer großen Rede des leitenden Staatsmannes pflegen in der Öffentlichkeit und nicht zuletzt in der Preſſe die Äußerungen der anderen Sprecher gewöhnlich mindere Beachtung zu finden. Die Ausſprache vom geſtrigen Tage verdient eingehender behandelt zu werden. Die Redner der Mehrheitsparteien waren ſich einig in dem ſtarken Beſeſtmiß zu dem neuen Deutſchland, das mit dem Regierungswechſel am 6. Oktober ins Leben getreten iſt, einig waren ſie auch in der Verurteilung mancher Maßnahmen und Methoden aus der Zeit vor dem großen Wandel. Aber darüber hinaus trug doch das Beſeſtmiß jedes einzelnen Redners zu dem neuen Reiche eine beſondere Note.

Der Senkrathsabgeordnete Herald hob mit Stolz hervor, daß Deutschland nach der Neuordnung das Land mit der freiesten Verfassung sei, und diese Umwandlung

sei erleichtert und vom Erbsatzen entzogen werden, nachdem für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte geheime Wahlrecht beschlossen worden und seine Einführung gesichert sei. Zugleich aber verlangte der Reichstag eine Erweiterung der Rechte des Reichstages, indem er ankündigte, daß seine Partei für einen Krieg stimmen werde, der die Zustimmung des Reichstages jeden Krieg (also auch für einen Verteidigungskrieg)

Außerordentlich eingehend behandelte der demokratische Redner, Abg. Ebert, den Spitznamen Deutschland. Zwar richtete er dabei heftige Angriffe auf die verantwortlichen Träger der früheren Methoden, das geschah doch nur nebenbei. Im wesentlichen seine Rede der Anerkennung des Neubaus, für den aber noch mancherlei Wünsche hatte. So forderte er Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung in allen Bundesstaaten auf dem Wege Reichs- und Landesgesetzgebung und dazu auch das Wahlrecht für die Frauen. In längeren Ausführungen rechtferdigte der Redner den Eintritt seiner Partei in die Regierung. Sozialdemokratie habe nichts damit preisgegeben, nichts verleugnet. Sie lehne aber eine Verantwortung für alles ab, was vor dem 5. Oktober geschah.

Einen staatsrechtlichen Vergleich zwischen dem alten und dem neuen Deutschland zog dann der Abgeordnete Raumann (Sp.). Er fadelte den Geist der Zwiepolitik, der seit Beginn des Krieges in unserer Regierung besonders in der auswärtigen Politik geherrscht und auf den Vorwurf der Unredlichkeit in der ganzen Welt getragen habe. „Weshalb ist denn die ganze Politik gegen uns?“ fragte der Redner. „Gewiß ist sie mit allmählichen Rügen ausgebracht, aber eine Rüge, hinter der nichts ist, hastet nicht. Wahr ist an der Rüge, die Deutschen, weil sie sich selbst mühsam aus dem Niederbruch herausgearbeitet haben, einen steifen hartnäckigen Staatsegoismus nicht nur nicht haben zu erwinden können, sondern weil sie aus dieser Not eine Tugend gemacht haben.“ Die Wandlung vom 6. Oktober bezeichnet Redner als einen Anfang, als den Beginn einer neuen Zeit der deutschen Geschichte, in der von nun an der Grundsatz der Politik in der Mitte des Staatsgedankens steht. Der Schluss zur Ausführung Raumanns war ein starkes und freudiges Bekenntnis zu der Tatkraft und Lebensfähigkeit der deutschen Nation.

In ähnlichen Gedankengängen bewegte sich auch der nationalliberale Redner Dr. Stresemann, der ebenfalls manches Wort der Anklage gegen das alte System fand. Er gestand unumwunden ein, daß er an den deutschen Siegfrieden geglaubt habe, aber die Entwicklung der Dinge habe ihn belehrt, und wenn seine Partei mit ihrer jetzigen Stellungnahme die Tradition eines halben Jahrhunderts verleugne, so sei dies durch die Nothwendigkeit und durch die Lage gerechtfertigt.

Den Schluß der Rednerliste des ersten Tages bilde Abg. Graf Westarp (Kon.). Mit würdigen Worten begründete er die ablehnende Haltung seiner Fraktion gegen die Neuordnung und bezeichnete die politische Entwicklung als eine verhängnisvolle Wendung, von der schwere Gefahren für die Zukunft des Vaterlandes zu befürchten seien. Der Redner unterzog die einzelnen Verfassungsänderungen einer scharfen Kritik und betonte, daß kein Freund und er der neuen Regierung gegenüber der Oppositionspartei stehen, in der Hoffnung und in dem Vertrauen, daß konservative Anschauungen einst eine größere Würdigung finden werden als das jetzt der Fall ist.

Es kann nicht wundernehmen, daß der Abg. Dr. (N. Sog.) mit den stärksten Worten auch die Wagnahme der neuen Regierung angriff. Seine Ausführungen, wie in der Form und ungebührlich im Ton, konnten nicht das Bild der Reichstagsfassung, das eine innere Geschlossenheit in der großen Linie zeigte, nicht trüben.

Nach der Rede des Abg. Noae ergriß der Bischof die Feder, um das Wort zu einer längeren Erklärung zu gebrauchen. Er wendete sich weniger gegen den Redner der äußersten Linken, als vielmehr gegen den gestrigen Redner von der äußersten Rechten, den Grafen Westarp. Dem nahm ein Vertreter der Polen das Wort. Es war eine Erklärung von der Partei, daß sie nicht einen ihrer Heißharn, sondern den Abg. Stöckel vorschickte, der gedämpft im Ton und in der Sache die Wünsche seiner Partei vorbrachte.

Wenn mit Ausnahme des Abg. Daase die Ansprache zeigte, daß die einzelnen Parteien noch mancherlei Sonderwünsche haben, wenn sich auch etwaß viele Mitglieder des Reichstages die Neuordnung nicht mit Zustimmung und viele sie mit Besorgniß betrachten, in einem waren alle Redner einig: Deutschland darf nicht vernichtet werden. Wenn der Abg. Gerold die Aufbietung des letzten Mannes forderte, wenn Abg. Thert erklärte, wir müßten alles aufbieten, damit das deutsche Volk nicht zusammenbricht, wenn Abg. Raumann hervorhob, daß wir nicht tot zu machen sind, wenn Abg. Stresemann erklärte, unser letzter Kampf könne, wenn das Schicksal unseren Untergang beschlossen habe, nur ein solcher sein, daß wir vor der Geschichte bestehen, und wenn Abg. Bestarp betonte: Wir wissen, daß das Volk keinen schmachvollen Frieden annehmen will und anzunehmen trachtet, so sind das alles freudige Bestimmnisse zu der unermüßlichen Kraft unserer Nation und zu der Überzeugung: Wir wollen Frieden, aber nicht um den Preis unserer Ehre.

Deutscher Reichstag.

Weitere Aussprache über die Kanalerrede.

(194. Sitzung.) CB. Berlin, 28. Oktober.
Das Haus war minder gut besucht, als gestern, man
ernte, nach der Rede des Ranzlers und der ersten Er-
klärung der Parteien war das Interesse wesentlich herab-
gemindert. Mit dem Botschafter v. Bajer sind sämtliche
Staatssekretäre erschienen. In der Diplomatenloge wohnte
a. der russische Botschafter Joffe der Sitzung bei.

Sitzungsbericht.

Als erster Medner nimmt das Wort Abg. Oase (H. Sost) Seit dem Zust ist ein völliger Umwandlung der politischen und militärischen Lage eingetreten. Die Weltrevolution, die durch den Krieg eingeleitet hat, nimmt ihren stürmischen Verlauf. Alle Reiche stürzen zusammen. Das mit Blut und Eisen unan- geschmiedete Österreich-Ungarn hat sich aufgelöst; die Türkei erklährt nicht mehr; ein Araberreich ist neu entstanden. Bulgarien hat ein Bündnis mit der Entente geschlossen, müssen, Österreich-Ungarn wird folgen müssen. Der deutsche Kapitalismus hat das Spiel in vollen Umfang verloren. Wir freuen uns nicht, wenn bei dem Zusammenbruch des eigenen Kapitalismus der fremde Kapitalismus leidet. Aber es wäre nicht nur Wahnsinn.

Fussbodenlack

in verschiedenen Farben
wieder eingetroffen
Chr. Wiegardt.

**Viehmarktsche
und Rindfleisch-
Futterraffen**

empfehl
Julius Kaping.

Auf Ostlänge geschnittenes

**Buchen-
Brennholz**

in gebrochen und kleineren
Rängen per Zentner 4,50 M.
abgegeben.

Rud. Thomas, Braubach,
Martinsmühle.

Die Ueberführung meines geliebten unübergebliebenen Sohnes und

Bruders

Ottomar Hänel

in die Heimat hat Rastgefunden

Die Beerdigung erfolgt Samstag um 2 Uhr vom Trauer-
hause aus.

Frau Ottomar Hänel Wwe.

und Tochter.

Wenigstens wird bedürfen der Einheitsfront auch im Innern
zur Erhaltung eines ehrenvollen Friedens. (Beifall.)

Die Wohnungsnot.
Zu der förmlichen Anfrage der Abg. Dr. Bell (Ztr.) und
Genossen über die Wohnungsnot erklärt Abg. Dr. Bell (Ztr.)
in Betracht der Geschäftsfrage heute auf die Begründung
der Interpellation zu verzichten. Er beantragt Überweisung
der Interpellation und der den gleichen Gegenstand be-
handelnden Anträge Dr. Adler (konf.) und Dienweg
(konf.) an den Wohnungsausschuss zur schleunigen Beratung.
Abg. Graf v. d. Groeben (konf.) stimmt dem zu, während
die Unabhängigen Sozialdemokraten namentlich durch den
Abg. Adolf Hoffmann widersprechen und sofortige Beratung
verlangen. Der Antrag der U.-Sozialisten findet keine aus-
reichende Unterstützung.

Es folgt der Antrag Dienweg auf Freigabe der zur
Verbesserung erforderlichen Baustoffe, den der Antragsteller
begründet. Ein Antrag über die Beschaffung ausreichender
Wohnungen auf dem platten Lande begründet Abg. Graf
v. d. Groeben (konf.). Abg. Paul Hoffmann (U.Soz.) schildert
den Umfang der Wohnungsnot und ergeht sich dabei in allge-
meinen politischen Ausführungen. Abg. Gronowski (Ztr.)
tritt dem Redner entgegen und gibt Einzelheiten über die
Verhältnisse im Wohnungswesen.

Wohnungsnot. Wohnungsminister Coels von der
Brigade: Das beste, wohl das einzige Mittel zur Abhilfe
der Wohnungsnot ist die Förderung des Wohnungsbauwesens.
Der Freigabe von Baugelände, den Baulichen zur baldigen
Freigabe von Baugeländen bei der Demobilisierung, der
Errichtung von provisorischen Siedlungsstellen wird Aufmerk-
samkeit zugewendet. Zur staatlichen Bürgschaft für zweite
Hypothesen soll die ausgemessene Summe von 10 Millionen
Mark verdoppelt werden. Für Staatsarbeiterwohnungen
sollen 40 Millionen flüssig gemacht werden.

Abg. Qué (Soz.) führt lebhafteste Klage, daß zu wenig ge-
schehe, um der Wohnungsnot zu begegnen. Auch der Abg.
Dejer (Soz.) ist für energisches Vorgehen. Abg. Grundmann
(konf.) wendet sich gegen den Abg. Qué.

Damit schließt die Aussprache. Die Interpellation und
die Anträge werden der Wohnungskommission übergeben.
Der Gesetzentwurf über die Errichtung von Ortsgerichten für
Unterbau, Ständlingen und Beschäftigten geht ohne Aussprache
an die Gemeindefunktionäre. Zur Beratung kommen dann
Anträge der Konventionen, des Senats, der Fortschrittler,
Nationalisten und Freikonservativen auf Gewährung einer
weiteren einmaligen Steuererhöhung und Erhöhung der
laufenden Zulage.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Okt. Der Reichskanzler ist an einer
leichten Grippe erkrankt.
Berlin, 23. Okt. Dem Reichstage wird Mitte November
eine neue Kriegskreditvorlage von wieder 15 Milliarden
Mark zugehen.

Berlin, 23. Okt. Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist
eine Denkschrift des Finanzministeriums zugegangen, die über
die Aufhebung der Grundsteuern und die Ausgestaltung der im
September gewährten einmaligen außerordentlichen
Kriegsteuererhöhung Aufschluß gibt.

Dresden, 23. Okt. Die konservative Fraktion der Zweiten
Ständekammer hat einstimmig einen Beschluß angenommen,
der sich für die Einführung des allgemeinen gleichen
Wahlrechts in Sachsen ausspricht.

Amsterdam, 23. Okt. Nach Londoner Nachrichten befindet
sich die ganze spanische Zone in Marokko in völliger
Anarchie. Anarchisten herrschen unumkränkt.

Helsingfors, 23. Okt. Prinz Friedrich Karl von
Sachsen hat in einem Telegramm erklärt, daß er vor Ablauf
von zwei Monaten keine endgültige Antwort betreffs
Übernahme der finnischen Krone geben könne, da er kein
Friedenshindernis sein wolle.

Helsingfors, 23. Okt. Der hier eingetroffene ukrainische
Gesandte gab der Überzeugung Ausdruck, daß sich die Lage
in der Ukraine allmählich festigen werde. An eine Revo-
lution glaube er nicht.

Schlusssdienst.

(Draht- und Korrespondenz-Meldungen.)

Die deutsche Note in Washington.

Rotterdam, 23. Okt. Der amtliche Wortlaut der
deutschen Note traf gestern in Washington auf der Schweizer
Gesandtschaft ein.

Die Stimmung in Amerika.

Basel, 23. Okt. Aus New York berichtet die „Times“, der
Stand der Friedenshoffnungen sei seit Freitag wenig ver-
ändert. Im Senatsausschuss wurde die Frage der Kriegskosten
angekündet. Staatssekretär Lansing erklärte, das Friedens-
programm Wilsons enthalte nichts über die Erstattung der
Kriegsschäden.

Englische Winkeln nach Washington.

Rotterdam, 23. Okt. Eine offizielle Reuters-Nachricht be-
sagt, die Ansicht mahgebender englischer Kreise gehe dahin, daß die
deutsche Note keine sachliche Unterlage habe. Die Note an
Wilson nehme vielmehr ihre Zustimmung zu vielen Worten, um
das Fehlen einer Antwort zu bemängeln.

Französische Schadenersatzverhandlungen.

Paris, 23. Okt. Nach einer „Times“-Meldung aus Paris
ist im Ministerium des Innern eine Kommission aufgestellt.

landern ein Verbrechen, wollte man jetzt noch den Versuch
machen, dem Volke die Schlinge zu verhängen. Es wäre
anders gekommen, wenn man im Jahre 1915 nicht die ersten
Friedensschritte, die sich mit England angeschlossen begannen,
verworfen hätte. Die geistige Reichhaltigkeit hat ebenso
enttäuscht wie die erste. Unsere Rote war etwas Halbes
und Unklares und kann deshalb nicht zum Waffen-
stillstand führen. Bei der Räumung Nordfrankreichs und
Belgiens sind tatsächlich Verbrechen auch ohne zwingende
militärische Gründe vorgekommen. Die Kronen rollen, nach
einem Wort von Friedrich Engels, auf das Pflaster und nie-
mand will sie aufheben. Ringsum tun sich Republiken auf.
Warum müssen wir in Deutschland allein noch einen Kronen-
träger haben, und zwar den Träger nicht einer Krone, sondern
von vielen Kronen und Kränzen? (Minutenlanges stürmischer
Widerpruch rechts und in der Mitte, großer Lärm.) Sogar
eine Reihe von national-liberalen Blättern hat gefordert, daß
der Kaiser sein Amt niederlege. Was aus dem Gebiet der
inneren Umformung verdrängt werden soll, ist elendes Stück-
werk. Mit der Befreiung Liechtensteins und Dittmanns macht
das letzte Regime keine Sache für sich. Versteht man nicht
das bittere Gefühl, von dem die beiden erfüllt sind, daß sie
durch Gnade befreit wurden statt durch den Volkswillen?

Wiesentaler v. Bayer: Der Redner hat die Vorgänge
der letzten Zeit reichlich einseitig dargestellt. Es ist kein Ein-
seitigkeit des Kapitalismus und seine Torheit, wenn das Volk sich
in diesen Zeiten für den schlimmsten Fall einrichtet, sondern
eine Lebensnotwendigkeit. Unsere innerpolitische Reform hat
sich ruhig, fast geschäftsmäßig vollzogen. Über Nacht ist eine
solche Reform nicht zu machen. Zu staatsmännischen An-
sichten ist im fünften Kriegsjahre ebenso wenig Platz, wie
für antimonarchistische Extrapolagen. (Beif. Beifall.) Wir
brauchen im Innern und nach außen Vertrauen, zum Teil sogar
bei unseren Feinden, und darum ist auch eine klare Scheidung
erforderlich. Wie hätte Graf Bismarck Auktionen, wie er sie gestern
über den Weg zum Frieden, über den U-Boot-Krieg und
andere gemacht hat, als parlamentarischer Staatssekretär
machen können? Kein Wunder, daß sich die Konservativen
ausgeschaltet fühlen, wie sie 50 Jahre lang und mehr andere
ausgeschaltet haben. Jetzt ist eine neue Regierung da.
Abg. Krell: Kriegserklärung. Selbst bei einer vernünftigen
Teilung der Gewalten würde die Rechte noch immer ein
halbes Jahrhundert und mehr im Vorwärt sein. Es war
eine falsche Politik, daß sie (zur Rechten) sich dem Maße
der Entwicklung so lange entgegengesetzt haben, bis das Maß
der Sie hinwegging. Nun sind Sie in der Opposition und
sind dort geblieben. (Beif. Beifall.)

Abg. Stuchel (Soz.): Gestern ist gesagt worden, es soll
kein Fuß breit deutschen Bodens abgetreten werden. Wir
verlangen keinen deutschen Boden, aber der Grund, daß
überall da, wo ein Deutscher seinen Fuß hingeliegt, deutscher
Boden sei, muß aufgegeben werden. Auch wir wollen Zwei-
seitigkeiten vermeiden und geben daher die Reserve auf, die
wir uns solange auferlegt haben. (Sturm. Beifall.) Wir
wollen keine nationalen Empfindlichkeiten verletzen. Wir
haben diese Stimmung, weil wir selbst jahrhundertlang
untergekommen haben. Die unverlebten Rechte des polnischen
Volkes sollen verwirklicht werden. Die augenblickliche
Lage der Bevölkerung ist nicht entscheidend. (Sturm. Wider-
pruch. Ruf des Abg. Ledebour: Was denn sonst?) Wir
wollen alle diejenigen Landesteile zurück, die einstmalig
deutsch gewesen sind und verlangen einen eigenen freien
Staat.

Graf Polakowsky (D. Fr.): Der Trennungsstrich zwischen
gegebener und vollziehender Gewalt war schon bisher in
Deutschland nicht scharf genug gezogen. Gegenüber den
parlamentarischen Einsichten, die wir hatten, bedeutet
die heutige Parlamentarisierung geradezu eine Erfindung. (Beif.
Stimmung rechts.) Nun wissen wir doch, von wem wir verant-
wortlich zu machen haben, wer regiert und von wem wir uns
halten. Die Minderheit wird nicht in den Fehler grundsätz-
licher Opposition und ständiger Kritik verfallen, sondern die
Maßnahmen der neuen Regierung von Fall zu Fall sachlich
prüfen. Mit dem Schlagwort „Junkerthum“ kommt man nicht
weiter.

Abg. Rätzin (Frl.) erklärt im Namen des elassischen Volkes
an, daß alle bisherigen Meinungen keinen Einfluß mehr aus-
üben können. (Hört.) Seit der Annahme der Wilsonschen
Forderungen kann die elassische Frage nur noch auf dem
Friedenskongress gelöst werden. Ein großer Teil des
elassischen Volkes will selbst über seine Zukunft bestimmen
unter Wahrung seines freien Willens. (Sturm. Hört, hört!)
Was jetzt geschieht, hat keinen Einfluß mehr, wäre es recht-
lich gelassen, hätte es vielleicht den ganzen Krieg ver-
ändert. (Hört, hört!)

Abg. Hansen (Däne): Auf Grund des Selbstbestimmungs-
rechts der Völker muß für Norddeutschland die Erfüllung der
14 des Prager Friedens und nach Friedensschluß die Lösung
der norddeutschen Frage auf Grund des Selbstbestimmungs-
rechts gefordert werden.

Auf Anregung des Grafen Westarp erklärt Grafen
v. Bayer: Die Regierung werde auf die Erklärungen der
Dänen, Elässen und Dänen morgen antworten. Das Haus
versagt sich auf morgen.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

23. Oktober. Starke Kämpfe in der Ostniederung.
Die den Feinden keine Vorteile bringen. Heftige Angriffe des
Wagners an der Wäse werden abgewiesen, ebenso an der
Belgen Front.

Volls- und Kriegswirtschaft.

* Kaffee-Einfuhrhandel. In Hamburg fand die Gründung
des Kaffee-Einfuhrvereins statt. Dieser Verein soll als Selbst-
verwaltungskörper des Kaffee-Einfuhrhandels die Wirtschaft-
stelle für die Übergangswirtschaft in Kaffee bilden gemäß der
Bundesratsverordnung vom 2. September 1918 über Kolonial-
waren. Der Beitritt zu dem Verein steht allen offen, welche
vor dem 1. August 1914 Kaffee nach Deutschland eingeführt
haben.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Am 23. Oktober. In Berlin, 23. Oktober.
Im Regimentsrat die Minister Dr. Friedberg, Drews,
Kunze, v. Helldorf, v. Helldorf, v. Helldorf.
Das Haus ist gut besucht. Der Platz des Abg. Rosenow
ist anlässlich seines 70. Geburtstages mit einem prächtigen
Blumenstrauß geschmückt.

Aussprache des Präsidenten.

Präsident Dr. Graf von Schwerin-Löwis eröffnet die
Sitzung mit einer Ansprache, in der er sagt: Noch nie zuvor
wurde ein preussischer Abgeordneterhaus in so ernster und schwerer
Lage zusammengetreten wie heute. Unsere Hoffnung auf
eine erfolgreiche Offensive haben wir begraben müssen, sie ist
erschlagen worden durch ein übermächtiges Anwachsen der
feindlichen Streitkräfte und durch den unerwarteten Zusammen-
stoß abermals scheitern sollten, so muß unser Volk sich noch
zu einem letzten entscheidenden Verteidigungskampf
aufrufen, daß unser Volk in seiner Widerstandskraft nicht mehr
erschöpfen. In der Stunde der höchsten Gefahr des Vaterlandes
wird jeder Vorkämpfer unterdrückt werden; wenn der Feind
unseren Toren steht, müssen alle Volksteile sich zur Ver-
teidigung des schwer bedrohten Vaterlandes aufstellen.

Dankjagung.

Für die vielen wohlthuenden Beweise herzlicher Teilnahme
bei dem Hinscheiden meines lieben, unübergebliebenen Vaters,
unseres lieben Vaters

Karl Probst

jagen wir allen, insbesondere Herrn Dolan Wagner für die
trauerreichen Worte am Grabe, den verschiedenen Vereinen und
Kameraden, sowie den zahlreichen Kranzsendern unseren
herzlichen Dank.

Frau Karl Probst und Kinder.

Schafzucht-Verein Braubach.

Der Hinterschu pro September und Oktober, sowie die
Pferdgelder sind bis zum 1. Nov. d. J. an den Rechner,
Herrn A. Schinkenberger zu zahlen.

Der Vorstand.

Krieger-, Militär- und Garde-Verein
Samstag mittag 1.30 Uhr Antreten zur Beerdigung des
Jungmannen Hänel.

Dickwurz

kann bis einschl. nächsten Mittwoch im Polizeibüro bestellt
werden.

Der Bürgermeister.

Wetterbericht.
Veränderlich, kühl.

Aufbewahrung der Partoffeln.

Sätze.

Der Registrar.

Freitag, den 26. Oktober

Der Bürgermeister.

Die Polizei-Verwaltung.

Der Singenreißer

Der Bürgermeiſter.

Der Magistrat.

Der Schürgenmeister.

Brachsch. 12. Oktober 1918.

A. Lemb.

Jean Engol.

offeriert
Chr. Wiechardt.

reize Auswahl — billige Preise
bei Gefallen. S o u s a d e r.

für Winter 18/19
eingetroffen
Buchhandlung Schm.

wieher eingetroffen:
Jean Engel.

flud wieder vorzüglich A. Comb.

Breaker

— die große Rede —
bei Geschw. Schumacher.

Gesangbucher

High-futter

Julius Reising.

ohne Erschäft bequie Ante
breitung an vorgemerzte Ränj
Wird durch uns in Berlin 20

Frankfurt a. M.,
Danksagung.

zu haben bei
Julius Rüping.

Cafel,-

neu angekommen.
Gg. Phil. Gl.

108. | neu angekommen bei
H. Phil. E.

Wiederholend:
Chr. Wiegand